



Brüssel, 24. März 2025

Gemeinsame Erklärung der Europäischen Gewerkschaften zum Omnibus-Vorschlag: Ein direkter Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer und die Rechenschaftspflicht der Unternehmen

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH), die Europäische Föderation der Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Tourismusgewerkschaften (EFFAT), die Europäische Gewerkschaft IndustriAll, der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) verurteilen den Omnibus-Vorschlag der Europäischen Kommission aufs Schärfste, der einen direkten Angriff auf die Rechenschaftspflicht von Unternehmen, die Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften sowie den Umweltschutz darstellt. Das Europäische Parlament muss dieses katastrophale Paket ablehnen und sicherstellen, dass die Kernziele der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) sowie der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen (CS3D) und die darin vorgesehenen Schutzmaßnahmen vor dieser Deregulierungsagenda bewahrt werden.

Der Omnibus-Vorschlag würde im Falle seiner Verabschiedung wichtige Bestimmungen und Ziele der CS3D aushebeln und sie praktisch zahnlos machen. Er verzögert die Umsetzung und Anwendung, schwächt die Durchsetzung, streicht den Schutz vor zivilrechtlicher Haftung und beschränkt die Verantwortung der Unternehmen auf ihre direkten Geschäftspartner, so dass zahllose Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Gemeinden und Ökosysteme den unkontrollierten negativen Auswirkungen der Unternehmenstätigkeit ausgesetzt sind.

Der Omnibus: Ein Geschenk an Unternehmenslobbyisten auf Kosten von Arbeitnehmern und der Umwelt

Unter dem Deckmantel des "Bürokratieabbaus" ist dieser Vorschlag nichts weniger als ein Verrat an den Verpflichtungen der EU zu nachhaltigen Geschäftspraktiken, Menschenrechten und Klimaschutz. Auf folgenden Gründen lehnen wir den Vorschlag entschieden ab:

- **Die einjährige Verzögerung der CS3D-Umsetzungs- und Anwendungsfristen ist eine** eklatante Hinhaltenaktik, die es den Unternehmen ermöglicht, sich noch länger der Rechenschaftspflicht zu entziehen; und außerdem den Überprüfungsprozesses weiter eingeschränkt, da Finanzdienstleistungen ausgeschlossen werden.



- **Die Aushöhlung der zivilrechtlichen Haftungsbestimmungen**, die nun eine Wahloption für Mitgliedstaaten ist (wodurch die Gefahr besteht, dass Unternehmen "Forum-/Gerichts-Shopping" betreiben), und was den Opfern (und ihren Gewerkschaftsvertretern) von Unternehmensmissbrauch den Zugang zur Justiz drastisch erschweren wird.
- **Die Einschränkung der Sorgfaltspflicht von Unternehmen auf direkte Geschäftspartner** - was es multinationalen Unternehmen ermöglichen wird, die Ausbeutung von Arbeitskräften und insbesondere die Zerschlagung von Gewerkschaften fortzusetzen, die Umwelt zu schädigen und ihre Lieferketten ohne Konsequenzen auszubeuten.
- **Die weitere Einschränkung der Verpflichtungen zur Einbindung der Stakeholder**, wodurch Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und betroffene Gemeinschaften während des gesamten Due-Diligence-Prozesses, auch in den Lieferketten, zum Schweigen gebracht werden.
- **Die Abschaffung von Mindestsanktionen führt zu** einem gefährlichen Unterbietungswettlauf zwischen den Mitgliedstaaten, bei dem die Strafen für Unternehmen nur noch symbolischen Charakter haben.
- **Die Abschaffung der Verpflichtung zur Umsetzung von Klimaübergangsplänen** - was eine verbindliche Anforderung sein sollte, **wird damit** zu einer bedeutungslosen Ankreuzaufgabe.

Ein regressiver und undemokratischer Prozess

Die Kommission hat dieses Omnibus-Paket auf undurchsichtige und undemokratische Weise durchgesetzt und **kurzfristig ein neues Regelwerk für die Rechtsetzung geschaffen, das nicht mit ihren eigenen Regeln für eine bessere Rechtsetzung übereinstimmt. Es wurde keine Folgenabschätzung durchgeführt, und ein ungewöhnlicher und willkürlicher "Konsultations"-Prozess war unverhältnismäßig einseitig zugunsten der Interessengruppen der Wirtschaft ausgerichtet, während Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft an den Rand gedrängt wurden.** Die Kehrtwende der Kommission in Sachen Menschenrechte und ihre Gesetzesänderungen stellen Unternehmen und Profit über Arbeitnehmer und den Planeten, verringern den bestehenden Schutz für Menschen und Umwelt und stellen spezifische Unternehmensinteressen über das allgemeine Interesse.

Die eklatante Missachtung eines ordnungsgemäßen Verfahrens, von Transparenz und demokratischer Konsultation durch die Europäische Kommission offenbart ihre wahren Prioritäten: Sie beugt sich dem Druck der Unternehmen, während sie den Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt ungeachtet lässt. Dieser Hinterzimmer-Deal untergräbt die Glaubwürdigkeit der EU-Gesetzgebung und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall.

Wir fordern die Europäische Kommission auf, den Omnibus-Vorschlag unverzüglich zurückzuziehen und einen angemessenen, umfassenden Konsultationsprozess einzuleiten, um einen gemeinsamen Ansatz zur Vereinfachung der Berichtsstandards zu entwickeln. Es gibt Raum für echten Bürokratieabbau, aber nicht für Deregulierung.

Gewerkschaftliche Forderungen: Jetzt den Omnibus zurückziehen!



Das Europäische Parlament muss entschiedene Maßnahmen ergreifen, um diesen Angriff auf die Verantwortlichkeit der Unternehmen und die Rechte der Arbeitnehmer zu verhindern. Wir fordern die Europaabgeordneten zu Folgendem auf:

1. **Stimmen Sie gegen den Omnibus-Vorschlag** und blockieren Sie alle Versuche, die CS3D und CSRD zu schwächen, einschließlich aller Versuche, ihre Umsetzung zu verzögern.
2. **Fordern Sie die vollständige Umsetzung der CS3D in der verabschiedeten Form**, ohne Rückschritte bei der Rechenschaftspflicht der Unternehmen.
3. **Stellen Sie sicher, dass der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt im Nachhaltigkeitsrahmen der EU nicht verhandelbar bleibt.**
4. **Lehnen Sie weitere Deregulierungsversuche ab, die die Rechte und den sozialen Schutz der europäischen Arbeitnehmer untergraben.**
5. **Fordern Sie die Europäische Kommission auf, die Umsetzungsleitlinien und andere Unterstützungsmaßnahmen gemäß der CS3D zu veröffentlichen.**

Die Europäische Union darf nicht zu einem Spielplatz für Unternehmensinteressen werden, der auf Kosten der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit geht. Dies ist ein entscheidender Moment für das Europäische Parlament: Werden die Abgeordneten auf der Seite der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft stehen? Oder werden sie dem Druck der Unternehmen nachgeben und eine Rücknahme des Fortschritts absegnen?

Europas Ruf als weltweites Vorbild in Sachen Menschenrechte, Nachhaltigkeit und fairer Wettbewerb steht auf dem Spiel. Die Zeit zum Handeln ist jetzt gekommen.
